



## **Der machtlose Kontinent: Europas neue Lage**

**Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt**  
**Botschafter a.D.**

**Februar 2025**

### **Zusammenfassung**

---

Der am 20. Januar 2025 vereidigte Präsident der USA hat ehrgeizige Ziele: Grönland, Kanada und der Panama-Kanal sollen in Washingtons unmittelbare Machtsphäre fallen. Von der Atlantischen Allianz wird Gefolgschaft verlangt und ein Ukraine-Deal mit Putin angestrebt. Womit müssen Deutschland und Europa noch rechnen?

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

### Schwache Mittelmächte

Es ist offenkundig: Die oft beschworene strategische Autonomie der Europäischen Union ist zum Jahresbeginn 2025 nur noch eine Fiktion und Deutschlands Ampelkoalition kläglich gescheitert. Der Bundeskanzler hat das Vertrauen des Parlaments und der Bevölkerung verloren, seine Außenministerin wird nicht mehr ernst genommen. Kann nach der Bundestagswahl am 23. Februar überhaupt noch eine außenpolitisch handlungsfähige Regierung gebildet werden?

Auch Berlins wichtigster europäischer Partner ist in keiner guten Verfassung. Eine tiefe Kluft trennt die Ambitionen des französischen Präsidenten vom tatsächlichen Handlungsspielraum der zweitgrößten europäischen Volkswirtschaft. Die V. Republik, immerhin die einzige Nuklearmacht der EU, befindet sich in einer beispiellosen inneren Krise.

Sie ist noch ernster als jene des Jahres 1968, denn heute sind Frankreichs Staatsfinanzen zerrüttet. Der Versuch von Premierminister Michel Barnier, mit dem Haushaltsentwurf für 2025 ihre notwendige Sanierung einzuleiten, scheiterte an einem parlamentarischen Misstrauensvotum und führte zum Sturz seiner Regierung.

Schließlich wurde in Paris Ende 2024 unter Premierminister François Bayrou die vierte Regierung innerhalb eines Jahres gebildet. Kann sie dem Parlament im neuen Jahr einen zustimmungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen? Die Chancen sind gering, hoffen doch Links- und Rechtspopulisten auf vorgezogene Präsidentschaftswahlen.

Frankreichs Haushaltsmisere wird in den nächsten Jahren unmittelbare Auswirkungen auf den Zusammenhalt der EU haben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt von den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone, ihr jährliches Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Stand der öffentlichen Verschuldung auf 60 % ihres BIPs zu begrenzen. Für 2025 liegt die Prognose des französischen Haushaltsdefizits bei sechs Prozent und Paris muss seinen europäischen Partnern einen Plan zum schrittweisen Abbau seiner öffentlichen Verschuldung vorlegen. Die EU-Kommission hat das dafür vorgesehene Verfahren bereits eröffnet.

Ohne ein überzeugendes und handlungsleitendes Konzept zur Sanierung von Frankreichs Staatsfinanzen werden düstere Wolken am europäischen Horizont aufziehen. Bundeskanzler und Außenministerin haben in den vergangenen Jahren die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen vernachlässigt. Künftig ist eine intensivere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris nicht nur in der Finanz- und Wirtschaftspolitik dringend geboten. Ansonsten drohen ein weiterer Bedeutungsverlust und der Verfall der Europäischen Union.

### Weltwirtschaft und Geopolitik: Die sino-amerikanische Dominanz

Die aktuelle Schwäche des um Deutschland und Frankreich gruppierten europäischen Verbunds wird im Vergleich zur US-Wirtschaft deutlich. Sie verzeichnete 2024 ein robustes Wachstum, während in der EU, und hier vor allem in Deutschland, Rezessionsangst um sich griff. Nicht ohne Grund: Zum Jahresbeginn 2025 stecken Schlüsselbranchen der deutschen Industrie in einer schweren Krise, Traditionsunternehmen fürchten um ihre Existenz.

Angesichts der zweiten Amtszeit Donald Trumps wächst die Sorge vor Strafzöllen, einem Handelskrieg und zusätzlichen Beschränkungen des freien Welthandels. Geostrategisch relevante Lieferketten werden sich



verlagern, denn die USA versuchen, ihre Abhängigkeit von chinesischen Importen weiter zu verringern. Parallel dazu wird China, die zweite Weltmacht, seine Wirtschaftsbeziehungen mit den Schwellenländern der BRICS+-Staaten ausbauen und die ökonomische Durchdringung lateinamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Volkswirtschaften fortsetzen.

Die Führung in Peking hat klare Ziele und einen langen Atem. Seit der Aufnahme Chinas in die WTO trieb sie die amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen energisch voran. Diese trugen zunächst maßgeblich zur Belebung des Welthandels bei und stabilisierten über anderthalb Jahrzehnte die sino-amerikanischen Beziehungen. In dieser Zeit konnte China nicht nur ökonomisch, sondern auch machtpolitisch zu den USA aufschließen.

Heute sind die Beziehungen der beiden Weltmächte gespannt und von machtpolitischer Rivalität geprägt. Unter Donald Trump wird China in der US-amerikanischen Bedrohungsanalyse weiter an erster Stelle stehen, und die Entflechtung der amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wird sich beschleunigt fortsetzen. Das „De-Risking“, die geopolitisch motivierte Reduzierung ökonomischer Interdependenz, bietet der Trump-Administration einen Anreiz, den aus ihrer Perspektive größer gewordenen strategischen Handlungsspielraum gegenüber Peking nicht nur im Indo-Pazifik zu nutzen.

Es ist daher kein Zufall, dass China zur Jahreswende der Welt demonstrativ die neuesten Errungenschaften seiner wehrtechnischen Industrie vor Augen führte. Eine nüchterne Neubewertung der deutschen und europäischen Interessen im Spannungsfeld zwischen Washington und Peking ist nach der Amtsübernahme Donald Trumps unausweichlich. Sie sollte ohne belehrende Rhetorik und ideologische Festlegungen erfolgen.

### Ein „Regionalkrieg auf Raten“: Machtverschiebungen in Westasien

Papst Franziskus beschreibt die von Gewalt bestimmte Gegenwart als „Weltkrieg in Teilen“. Der seit dem 7. Oktober 2023 ausgeweitete palästinensisch-israelische Konflikt kann als „Regionalkrieg auf Raten“ bezeichnet werden.

Mit dem terroristischen Überfall der Hamas auf israelisches Territorium begann im Oktober 2023 der bisher längste und brutalste Krieg im Nahen Osten. Die Opfer unter der arabischen Zivilbevölkerung gehen in die Zehntausende. Neben den USA stehen Deutschland und viele EU-Mitgliedstaaten hinter Israel und bieten dem flächenmäßig kleinen Land strategische Tiefe. Washington gewährt zudem politischen Flankenschutz im Sicherheitsrat, denn im New Yorker UN-Hauptquartier wird die Befürchtung laut, Israel bekämpfe unter Benjamin Netanyahu nicht nur Terroristen oder Nachbarstaaten wie Syrien, wo die israelische Luftwaffe nach dem Sturz des Assad-Regimes die Restbestände der syrischen Marine und Luftwaffe zerstörte. Vielmehr richte sich, so die in UN-Kreisen zunehmende Sorge, Israels Strategie von Trump unterstützt auch gegen die Weltorganisation.

Die Erklärung von Generalsekretär António Guterres zur *persona non grata*, die Forderung, das humanitäre Hilfswerk für die Palästinenser UNRWA aufzulösen, das Vorgehen gegen Blauhelme im Libanon und das Eindringen in die von Blauhelmen gesicherte Demilitarisierte Zone auf den Golan-Höhen legen selbst wohlmeinenden Beobachtern die Vermutung nahe, Israel ziele auf eine Situation, in der eine Lösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der Resolution 181 unmöglich wird. Sie legte nach dem Ende des britischen Völkerbundmandats für Palästina eine Teilung des Mandatsgebiets verbindlich fest.



Aber selbst Israel, die stärkste Macht im Nahen und Mittleren Osten, muss in seinem politischen Kalkül das Potential anderer Regionalmächte in Rechnung stellen. Westliche Medien beschrieben das überraschende Ende der Alawiten-Herrschaft in Syrien Anfang Dezember 2024 als „Befreiung“. Aber der Zusammenbruch des Assad-Regimes war weder einer demokratischen Volkserhebung noch den Bemühungen internationaler Diplomatie zu verdanken. Er war das Ergebnis einer seit Monaten verdeckt vorbereiteten Operation der nach Israel zweitstärksten Regionalmacht Westasiens, der Türkei.

### **Machtwechsel in Teheran?**

Der Umsturz in Damaskus bedeutet eine geopolitische Zäsur: Im Libanon, in Syrien, im Irak und im Jemen hat Teherans expansive Regionalpolitik im zweiten Halbjahr 2024 ihren Zenit überschritten. Die gegen Israel gerichtete „Islamische Widerstandsachse“ ist mit dem Fall Assads und der Ausschaltung der Führungsstrukturen der Hizbollah zusammengebrochen. In sie hatte der Iran seit der Machtergreifung Chomeinis über Jahrzehnte hinweg Geld und Prestige investiert.

Welche Folgen hat die strategische Niederlage Teherans? Politische Unzufriedenheit, gesellschaftliche Unruhe und wirtschaftlicher Niedergang sind im Iran nicht mehr zu übersehen. Die Führung des Landes erkennt die kritische Lage und versucht, die Reihen zu schließen. Aber sie hat ein Personalproblem: Wer soll Nachfolger des „Obersten Führers“, des 86jährigen Ayatollahs Ali Chamenei, werden? Ebrahim Raisi, der frühere Präsident des Iran, galt als aussichtsreichster Kandidat, bevor er bei einem überraschenden Hubschrauberabsturz im Mai 2024 ums Leben kam.

Unter Raisis schwachem Nachfolger Massud Peseschkian ist die Nachfolgefrage wieder offen. Die Familien hochrangiger schiitischer Kleriker, einflussreiche Wirtschaftskreise und die Islamische Revolutionsgarde, der stärkste Machtfaktor des Iran, versuchen hinter den Kulissen, eine ihren Einzelinteressen dienende Persönlichkeit ins künftige Machtzentrum zu schieben.

In dieser Lage wird Washington in enger Abstimmung mit Israel größtmöglichen Druck auf Teheran ausüben. Vor fünf Jahren, am 3. Januar 2020, wurde der Kommandeur der Auslandseinheiten der Revolutionsgarden, General Qassem Solimani, im Irak durch eine US-Drohne auf ausdrückliche Weisung Donald Trumps getötet. Auch in seiner zweiten Amtszeit wird er Gewalt gegen die Teheraner Führung als legitimes Mittel amerikanischer Politik betrachten.

Ist im Iran mit einem Regimewechsel zu rechnen? Persönlichkeiten im Umfeld Donald Trumps halten ihn für notwendig und möglich. Doch bewegen sich Ereignisprognosen im Grenzbereich von Hoffnung und Spekulation. Das gilt gerade mit Blick auf Teheran, wo am 31. Dezember 1977 Präsident Jimmy Carter seinen Gastgeber, Schah Reza Pahlevi, als vom Volk geliebten Staatsmann pries. Nur ein Jahr später forderten im ganzen Land Millionen von Menschen den Sturz des Monarchen.

Angesichts dieser Erfahrung sollten sich die deutsche und die europäische Außenpolitik zumindest davor hüten, rasche und tiefgreifende Veränderungen in Teheran für unmöglich zu halten. Die Folgen eines Machtwechsels im Iran wären für die gesamte Golfregion und die Weltwirtschaft erheblich. Sie sind im Einzelnen zwar nicht vorhersehbar, gingen aber doch weit über die Konsequenzen des 2021 von der Bundesregierung nicht erwarteten Einmarsches der Taliban in Kabul hinaus.



## Vor einem „Einfrieren“ des Ukraine-Krieges

Besteht zumindest in der Ukraine Hoffnung auf ein Ende der Gewalt? Die neue Führung in Washington will „Biden’s War“ rasch beenden und hat Keith Kellogg als neuen US-Sonderbeauftragten für die Ukraine und Russland nominiert. Der 80jährige, hochdekorierte ehemalige Generalleutnant der US-Armee verfügt über profunde Kenntnisse in der Führung von Kampfverbänden und Stäben. Praktische Erfahrung im Umgang mit der russischen Politik und Diplomatie hat er nicht.

Nach Kelloggs Lagebeurteilung verfolgte die Biden-Administration das Ziel, auf dem ukrainischen Kriegstheater mit einer Abnutzungsstrategie das Putin-Regime politisch und militärisch auf Dauer zu schwächen. Deshalb habe Außenminister Antony Blinken auch nichts unternommen, um den Konflikt zu beenden. Stattdessen habe er mit einigen europäischen Verbündeten den Versuch vereitelt, einen möglichen Waffenstillstand zu erreichen.

Die Fortführung des bisherigen Abnutzungskrieges liegt nach Kelloggs Einschätzung nicht im Interesse der USA. Sein bereits im Frühjahr 2024 veröffentlichtes Konzept schlägt als Alternative ein „Einfrieren“ des Konflikts vor. Voraussetzung wäre die Demarkation einer Waffenstillstandslinie, die der russisch-ukrainischen Frontlinie weitgehend folgen und auf beiden Seiten durch demilitarisierte Zonen ergänzt werden könnte. Vorbild dieses Szenarios ist der seit 1953 auf der koreanischen Halbinsel bestehende Waffenstillstand entlang des 38. Breitengrads. Mit seiner Überwachung ist die US-Armee bestens vertraut.

Um Moskau für einen Waffenstillstand zu gewinnen, schlägt Kellogg vor, einen ukrainischen NATO-Beitritt für längere Zeit auszuschließen und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu lockern. Weitere Einzelheiten sind nicht bekannt. Gleichwohl entsprechen Kelloggs Überlegungen klassischem Appeasement: „Accomodate the strong, lean on the weak!“ Im Gegenzug soll die Ukraine von den USA bilaterale Sicherheitsgarantien und zusätzliche amerikanische Waffenlieferungen erhalten. Zudem soll die Waffenstillstandslinie auf ukrainischer Seite durch eine nicht näher beschriebene internationale „Friedenstruppe“ gesichert werden.

Wie Moskau auf Kelloggs Vorschläge reagieren wird, ist noch unklar, denn nach diesen Überlegungen soll die Ukraine auf ihre territoriale Integrität in den Grenzen von 1991 nicht verzichten. Kiew bliebe langfristig die Option erhalten, nach der nächsten und verfassungsmäßig letzten Amtszeit Putins im Jahre 2034 oder nach einem Zerfall der Russischen Föderation die Restitution ihres gesamten Staatsgebiets zu fordern. Diese Konsequenz eines lediglich militärischen „Einfrierens“ dürfte für die in historischen Langzeitszenarien denkende Moskauer Führung kaum akzeptabel sein. Immerhin haben die von Putin 2020 betriebene Änderung der russischen Verfassung und ein im Juli 2021 veröffentlichter Namensartikel seine Entschlossenheit erkennen lassen, zumindest die Rückkehr der alten „Kiewer Rus“ in den Machtbereich Moskaus anzustreben.

Werden Donald Trump und Wladimir Putin trotz offener Fragen die politischen und ökonomischen Einzelheiten eines „Einfrierens“ in Kürze persönlich besprechen? Wo genau soll dann die Waffenstillstandslinie verlaufen? Welche Sanktionen werden nach ihrer Festlegung gelockert? Und wer bezahlt und organisiert den Wiederaufbau der vom Krieg verheerten Gebiete?

Angesichts ihrer offenkundigen politischen Schwäche ist eine Beteiligung der unmittelbar betroffenen EU am russisch-amerikanischen Verhandlungsprozess wenig wahrscheinlich. Nach Kelloggs Szenario würde der Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok durch eine von Washington und Moskau festgelegte militärische Demarkationslinie geteilt und Europa von Eurasien getrennt.



## Die europäisch-eurasische Front

Klare Verhältnisse zeichnen sich ab: Moskau wird sich, geopolitisch geschwächt durch den Verlust seiner Positionen in Syrien, die nächsten Jahre um den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Ostukraine kümmern müssen. Die politische Verantwortung und die Kosten für die Rest-Ukraine werden der EU zugewiesen, deren Sicherheit weiterhin entscheidend vom nuklearen Abschreckungspotential der USA abhängt. Und Washington gewinnt Handlungsspielraum, um sich prioritär dem weltpolitischen Rivalen Peking und der Lage in Westasien widmen zu können.

Unabhängig von den Motiven der amerikanischen Geostrategie liegt jedoch ein rasches Ende des Krieges auch im deutschen Interesse. Seit seinem Beginn im Februar 2022 ist er eine der Ursachen für den raschen wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Hohe Transferleistungen belasten den Bundeshaushalt. Unternehmen und Privathaushalte leiden unter hohen Energiekosten, die nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, dem Wegfall der russischen Erdgaslieferungen und dem Umstieg auf alternative Quellen, etwa das aus den USA zu importierende Flüssiggas, explodiert sind. Deutsche und europäische Unternehmen verlagern zwangsläufig ihre Investitionen nach Nordamerika.

Doch das "Einfrieren" des Ukraine-Krieges wird von Deutschland und der EU neben finanziellen Transfers für den ukrainischen Wiederaufbau zusätzliche sicherheitspolitische Anstrengungen verlangen. Außenministerin Baerbock hat nach dem Wahlsieg Donald Trumps die deutsche Beteiligung an einer internationalen "Friedenstruppe" bereits in Aussicht gestellt. Deren völkerrechtliche Problematik und geopolitische Konsequenzen lassen sich skizzieren.

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt wurde Deutschland während des Besuchs von Verteidigungsminister Boris Pistorius in Seoul im August 2024 Mitglied des sogenannten UN Command (UNC), das die Einhaltung des Waffenstillstands entlang der Demarkationslinie am 38. Breitengrad sichert. Gegen diesen Schritt wurden nur vereinzelt völker- und verfassungsrechtliche Bedenken vorgetragen, denn die koreanische Halbinsel befindet sich de jure weiter im Kriegszustand und beim UNC handelt es sich um keine vom Sicherheitsrat gebilligte Blauhelm-Mission. Nordkorea bezeichnet es daher als eine von Washington gesteuerte „illegale Kriegsorganisation“.

Seit Herbst 2024 nehmen rund 10 000 nordkoreanische Soldaten am Krieg in der Ukraine auf russischer Seite teil. Werden sie nach dem "Einfrieren" des Konflikts dort bleiben? Ist die Vorstellung wirklichkeitsfremd, Ende 2025 könnten östlich der europäisch-eurasischen Demarkationslinie Nordkoreaner stehen, während westlich davon deutsche Einheiten gemeinsam mit Truppen anderer europäischer NATO-Staaten das ukrainische Territorium sichern?

## Begegnung mit der Wirklichkeit

Auf der Regierungsbank des Bundestages schüttelte Außenministerin Annalena Baerbock am 14. März 2024 empört den Kopf, als der Abgeordnete Rolf Mützenich anregte, das Auswärtige Amt solle darüber nachdenken, wie der Krieg in der Ukraine "eingefroren" und beendet werden könne. Wenige Tage später begründete sie ihre Ablehnung: Der Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden komme nicht in Betracht, da der UN-Bericht über russische Kriegsverbrechen "ein absolutes Horrorbuch" sei.



Dem ist wohl so. Aber auch die deutsche Außenministerin muss bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass in Moskau und Peking, in Ankara und Teheran, in Jerusalem und Washington geopolitische Kategorien das Denken und Handeln alter Männer bestimmen. Sie belächeln die Ideen und Protagonistinnen einer feministischen Außenpolitik manchmal höflich-distanziert, in der Regel aber ignorieren sie sie. Stattdessen verfolgen sie ihre politischen Ziele unter Beimischung von Gewalt unbeirrt weiter.

Auch Donald Trump knüpft an imperialistische Vorstellungen des späten 19. Jahrhunderts an, wenn er Grönland, Kanada und den Panamakanal in Washingtons unmittelbaren Herrschaftsbereich einbeziehen will. Vor 25 Jahren witzelten Diplomaten noch darüber, dass das Pentagon für alles Pläne habe, auch für einen Einmarsch in Kanada. Im Rückblick war das kein guter Scherz.

Am 6. Januar 2025 trat Kanadas Premierminister Justin Trudeau nach fast zehnjähriger Amtszeit zurück. Vorausgegangen war ein Blitzbesuch bei Donald Trump in dessen Winterresidenz Mar-a-Lago. Der designierte US-Präsident hatte kurz zuvor erklärt, er wolle künftig auf Importe aus Kanada Zölle in Höhe von 25 Prozent erheben, Auf Gegenargumente und Bitten des kanadischen Premiers ging er nicht ein. Stattdessen machte sich Trump über den "Gouverneur des 51. Bundesstaates" lustig und wiederholte seine Forderung, Kanada solle den Vereinigten Staaten beitreten.

Zum Anschluss Kanadas an die USA wird es voraussichtlich nicht kommen. Aber Trudeaus Rücktritt ist ein Zeichen dafür, dass auch jenseits des Atlantiks exponierte Vertreter jener Ideenbewegung gescheitert sind, die seit mehr als einem Jahrzehnt die westliche Außen- und Innenpolitik dominierte. Sie orientierten sich an allgemeinen Prinzipien und unverbindlichen Diskursen, aber die Wirklichkeit beachteten sie nicht. Jetzt führt der Beginn von Donald Trumps zweiter Amtszeit ebenso wie Putins Angriff auf die Ukraine vor drei Jahren die konkreten Gefahren jener Epoche vor Augen, die Papst Franziskus den "Weltkrieg in Teilen" nannte. Wenn Europa und Deutschland ihnen entgehen wollen, dann müssen sie auf liebgewordene Wunschbilder verzichten, tatsächliche Machtverhältnisse zur Kenntnis nehmen und die eigene Machtlosigkeit überwinden.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmals in der Februar-Ausgabe 2025 des Magazins CICERO.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.



*Hans-Ulrich Seidt*